

Mit vier Invasionen hat die Türkei seit 2016 viele Gebiete in Nordostsyrien völkerrechtswidrig annektiert. Derzeit verdichten sich die Hinweise darauf, dass neue Angriffe unmittelbar bevorstehen.



Bei Dadat nahe Manbidsch im Norden Syriens sammelten sich am 5. Juli syrische Söldner, die den türkischen Streitkräften erneut gegen die kurdischen Autonomieregionen vorgehen wollen.

»Wir sind bereit, uns zu verteidigen«

Bedran Çiya Kurd, stellvertretender Vorsitzender der Selbstverwaltung in Syrien, im Gespräch

Was bedeuten die Zugeständnisse an den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan im Zuge der Nato-Aufnahme von Schweden und Finnland, etwa die Auslieferung von Kurd*innen und weitere teils noch unbekannt Maßnahmen, für Rojava? Sie sind ohne Zweifel den Maßstäben der Demokratie und den europäischen Werten nicht würdig. Sie stellen eine völlige Abkehr davon dar, die demokratischen Völker und ihre Bestrebungen in Nordsyrien und der Türkei zu unterstützen. Die Türkei spielt eine destruktive Rolle in der Region und der ganzen Welt. Jede Kooperation mit ihr führt zu mehr geopolitischer Instabilität. Kein Land, und insbesondere nicht die EU, sollte die Politik der Türkei gegenüber Nord- und Ostsyrien unterstützen, denn mit dieser Politik zielt Ankara auf Völkermord und ethnische Säuberungen. Es gibt Werte, die müssen bewahrt werden. Europa verkörpert sie heute und ist ein lebendiges Beispiel dafür. Es dürfte nicht im Interesse der Nato-Staaten liegen, ein Partner der türkischen Feindseligkeit gegenüber dem kurdischen Volk zu sein.

Was, vermuten Sie, wird passieren?

Die Türkei plant Völkermord, Vertreibung, ethnische Säuberung und Besetzung unter falschem Vorwand. Wir erwarten derzeit nichts Schlimmeres als das, was 2018 in Afrin passiert ist: Tötungen, Zerstörungen und Vertreibungen. Dasselbe ist in den Städten Serêkaniyê/Ras Al-Ain und Girê Spî/Tel Abyad 2019 passiert, es wurden sogar Chemiewaf-

fen eingesetzt. Dies ist die Strategie der Türkei, und sie erklärt sie öffentlich, vor den Augen der Welt.

Haben Sie Sorgen vor einer Invasion?

Natürlich. Eine Invasion würde große negative Auswirkungen auf die Stabilität unserer Region haben. Sie würde zur Rückkehr der Terrormilizen des Islamischen Staates führen, ethnische Konflikte verstärken und Hunderttausende Menschen zur Flucht zwingen. Die Gefahr, die von den Tausenden IS-Kämpfern ausgeht, die in den Gefängnissen der Selbstverwaltung nur auf eine Möglichkeit der Flucht warten, ist riesig. Wenn sie durch eine türkische Invasion freikommen, werden sie

nicht an der syrischen Grenze halt machen, sondern versuchen, nach Europa zu kommen. Wir müssen bedenken, dass die Argumente der Türkei fadenscheinig sind und ihr Projekt die Besetzung und Teilung Syriens sowie unserer Regionen ist. Damit will Ankara Konflikte schüren und systematisch Chaos schaffen.

Wie bereiten Sie sich auf die eventuelle Invasion vor?

Wir leben bereits jetzt mit der Bedrohung, weil die Türkei keine andere Sprache als diese hat. Aber wir sind bereit, unsere Regionen zu verteidigen und die verschiedenen Teile unseres Volkes zu vereinen. Weil uns die Option des Krieges aufgezwungen wird, bleibt uns nichts anderes als der Widerstand. Wir werden auf dieselbe Art kämpfen, mit der wir den Islamischen Staat besiegt haben. Das Wichtigste ist unser Volk und sein Widerstand, der es während der gesamten Zeit der Revolution in Nord- und Ostsyrien bis heute ausgezeichnet hat.

Welche Auswirkungen haben Erdogans Machenschaften auf den sogenannten Islamischen Staat IS?

Jeder türkische Angriff ist eine direkte Unterstützung des IS. So passierte es auch 2019 während des türkischen Angriffs auf Serêkaniyê/Ras al-Ain und Girê Spî/Tel Abyad. Die Freie Syrische Armee war dadurch gezwungen, ihren Fokus auf die Abwehr des türkischen Angriffs zu legen, damit wurde ein Vakuum für den IS geschaffen. So untergraben

die türkischen Angriffe die Bemühungen der internationalen Anti-IS-Koalition und geben dem IS die Möglichkeit, wieder zu erstarren.

Was würden Sie sich von der internationalen Politik wünschen? Was bräuchten Sie vor Ort?

Wir fordern, dass die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung gegenüber unseren Regionen wahrnimmt. Wir haben heute etwa fünf Millionen Menschen, die unter einer sich verschlechternden Situation infolge der türkischen Bedrohung leiden. Die internationale Gemeinschaft muss beweisen, dass sie in der Lage ist, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, sonst ist ihr Schweigen eine verschleierte Unterstützung der türkischen Völkermordkampagne gegen uns.

Werden die Leute in Rojava zu wenig gehört? Und wenn ja: Was sollte international mehr Aufmerksamkeit finden?

Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung nicht aussitzt, denn das wäre eine Schande. Gleichzeitig möchten wir, dass alle demokratischen, menschenrechtlichen und zivilgesellschaftlichen Kräfte anerkennen, was unser Volk zur Verteidigung der Welt und der demokratischen Werte getan hat, als es den IS besiegt hat. Jetzt ist es an der Zeit, uns ernsthaft zur Seite zu stellen, denn die Bevölkerung in Nord- und Ostsyrien hat große Opfer gebracht. Die Welt wird ihr noch in Hunderten Jahren zu Dank verpflichtet sein.

INTERVIEW



Bedran Çiya Kurd ist stellvertretende Vorsitzender der Selbstverwaltung (Rojava) von Nord- und Ostsyrien. Mit ihm sprach Linda Peikert.

FOTO: ANF&NSP/NEWS

Ausnahmezustand in Rojava

Eine türkische Invasion in Syrien scheint unmittelbar bevorzustehen – jedoch zeichnen sich Probleme für Erdoğan ab

CHRISTOPHER WIMMER, QAMISCHLI

Bewaffnete Streitkräfte stehen an den Hauptverkehrs-knotenpunkten der nordsyrischen Stadt Qamischli (kurdisch: Qamişlo), laufend sind Schüsse zu hören. Was nach Krieg klingt, hat in diesem Fall jedoch einen feierlichen Hintergrund. Vom 8. bis 12. Juli feiern Muslime Eid Al-Adha, das Opferfest, das höchste islamische Fest. Daher sind in Qamischli die Sicherheitsvorkehrungen verschärft – bei den Schüssen handelt es sich um Freudenschüsse. Doch schwebt über der kurdisch dominierten Großstadt eine sehr realistische Kriegsgefahr.

Bereits seit Wochen kommt es in Nordsyrien zu Angriffen der Türkei. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hatte bereits Anfang Juni eine »neue Phase« des Krieges verkündet. Besonders betroffen von diesen Aggressionen ist die »Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien« (AANES), wie das Gebiet offiziell heißt – vielen besser

bekannt unter dem Namen Rojava. Genau vor zehn Jahren, am 19. Juli 2012, begann die Revolution in Kobane: Innerhalb des syrischen Bürgerkriegs erklärten große Gebiete in Nord- und Ostsyrien ihre Autonomie und bauten ein System auf, das auf Basisdemokratie, Geschlechtergerechtigkeit und Ökologie beruht. Die AANES hat demokratische Kommunen und Räte eingerichtet, die das Gebiet seitdem verwalten.

Nach Darstellung des türkischen Staates ist die AANES jedoch lediglich ein Ableger der als terroristisch eingestuften Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Die Türkei hat daher seit 2016 in vier Invasionen völkerrechtswidrig mehrere Gebiete Rojavas annektiert. Gegenwärtig kommt es dort täglich zu Raketen- und Drohnenangriffen. Laut der unabhängigen Medienorganisation »Rojava Information Center« mit Sitz in Qamischli war Nord- und Ostsyrien allein in den ersten Hälfte dieses Jahres 47 mal Drohnenangriffen

ausgesetzt. Im gesamten Jahr 2021 waren es 89 gewesen. Bei diesen Angriffen wurden mindestens 55 Menschen verletzt und 16 getötet. Die Zahl ist wahrscheinlich höher, da das RIC nur verifizierte Fälle veröffentlicht.

Nun scheint eine neue Invasion unmittelbar bevorzustehen. Bereits in der Nacht zum 7. Juli fuhren türkische Militärkonvois in der Nähe des Grenzübergangs Al-Rai, nördlich von Aleppo, über die Grenze nach Syrien. Nach Angaben lokaler Medien waren die Fahrzeuge mit »schweren Waffen, Panzern und gepanzerten Fahrzeugen« beladen. Ebenso berichten lokale Quellen davon, dass Krankenhäuser in der Türkei geräumt werden, um sie für verwundete Soldaten freizuhalten. Auch Streitkräfte der von der Türkei unterstützten Syrischen Nationalen Armee haben sich in der Region um Aleppo gesammelt. All dies sind weitere alarmierende Signale für einen möglichen Beginn einer türkischen Offensive.

Nun hat der Generalrat der AANES inmitten der türkischen Vorbereitungen den Ausnahmezustand für die gesamte Region erklärt. In der entsprechenden Mitteilung heißt es: »Alle Kommunen, Räte und Institutionen der Selbstverwaltung werden aufgefordert, Notfallpläne zu beschließen, um den aktuellen Herausforderungen und Bedrohungen zu begegnen.« Auch die Streitkräfte der AANES bereiten sich auf einen Krieg vor und haben angekündigt, ihre Gebiete zu verteidigen. Berichten zufolge besuchte am 8. Juli eine US-Delegation die nordsyrischen Städte Kobane und Manbidsch und bekräftigte ihre militärische und logistische Unterstützung für die kurdisch dominierten Streitkräfte. Im Kampf gegen den IS waren die Kurden der Hauptverbündete der USA. Es bleibt abzuwarten, ob es zu einer direkten Konfrontation zwischen den Nato-Mitgliedern Türkei und USA kommt oder ob Washington doch noch grünes Licht für eine Invasion gibt.

Für einen Einmarsch zeichnet sich jedoch ein größeres Problem ab. Die von der Türkei unterstützten Söldnertruppen der Freien Syrischen Armee (FSA) bekämpfen sich gerade in den türkisch besetzten Gebieten um die Städte Afrin und Gire Spî gegenseitig. Dabei geht es sowohl um ideologische Unterschiede der meist dschihadistischen Gruppen als auch um deren Machtkonflikte. Die FSA finanziert sich häufig über Drogenhandel, Entführungen und Erpressungen und terrorisiert die Zivilbevölkerung. Für Erdoğan stellen diese Gruppen jedoch die Hauptmacht einer möglichen Invasion dar, da er Verluste eigener Truppen so gut wie möglich vermeiden will. Nun stellt sich die Frage, wie effektiv eine Invasion in Nordostsyrien durchgeführt werden kann, wenn die Gruppen sich gegenseitig bekämpfen. Für die Menschen in Nordostsyrien bleibt zu hoffen, dass sie Eid Al-Adha weiterhin friedlich feiern können und es in Qamischli bei Freudenschüssen bleibt.